

Johano Strasser

Peer Steinbrück zieht Bilanz

Johano Strasser

(* 1939) ist Politologe, Publizist und Schriftsteller sowie seit 2002 Präsident des PEN-Zentrums Deutschland. Im Diederichs-Verlag erschien 2010: *Kolumbus kam nur bis Hannibal. Vierzehn subversive Geschichten.*

johano.strasser@t-online.de



Oft kommen Politiker erst dann dazu, gründlich über ihr Tun nachzudenken, wenn sie abgewählt wurden. Peer Steinbrück hat die ihm zugefallene Muße seit der katastrophalen Wahlniederlage seiner Partei im Jahr 2009 genutzt und ein lesenswertes, kritisches, in Teilen auch selbstkritisches Buch über die Lage Deutschlands und Europas in einer globalisierten Welt und die Aufgaben sozialdemokratischer Politik geschrieben. Mit Sachverstand, einer Fülle von Detailinformationen und einem klaren Blick für die strategischen Optionen – und, wie man es von ihm erwarten konnte, in einer zuweilen erfrischend deutlichen und unkonventionellen Sprache.

Es geht um Aufklärung, darüber, in welcher Lage sich Deutschland, Europa, die Welt tatsächlich befinden, welche Wege in die Zukunft uns offen stehen, was geht und was nicht. Steinbrück ist fest davon überzeugt, dass ein Großteil der Deutschen, darunter viele in seiner eigenen Partei und in den Gewerkschaften, den Ernst der Lage nicht begriffen haben und darum auf politische Konzepte setzen, denen längst der Boden entzogen worden ist. »Deutschland sieht sich«, heißt es im Vorwort, »mit einem tiefgreifenden wirtschaftlichen, sozialen und demographischen Wandel konfrontiert, der bisherige Gewissheiten wegfegt und die Statik unseres Hauses erschüttern kann.« Auffällig ist allerdings, dass die ökologischen Probleme hier keine Erwähnung finden, ein Versäumnis, das der Volks-

wirtschaftler und Soziologe Steinbrück mit vielen Vertretern seines Fachs teilt. Dass in dem ganzen Buch z. B. vom Klimawandel und den von Nicholas Stern berechneten dramatischen ökonomischen Konsequenzen keine Rede ist, beweist, dass auch der Autor sich von »bisherigen Gewissheiten« nur schwer zu lösen vermag.

Das einleitende Kapitel handelt von der »Neuverteilung des Wohlstands«, von den »Rissen im Fundament des Sozialstaats« und von der Schwächung des Staates und der damit zusammenhängenden »Talfahrt der Politik«. In den folgenden Kapiteln werden die Themen ausführlich behandelt: die Verschiebung der ökonomischen Gewichte von Europa und den USA nach Asien, die Finanzkrise und ihre Folgen für die Handlungsfähigkeit der Staaten, die Notwendigkeit einer Veränderung des sozialstaatlichen Konzepts, die Bedeutung der Bildungspolitik für die Zukunft des Landes und die Fallstricke des Föderalismus etc. »Eine Renaissance der Politik«, heißt es schon hier, das Fazit des Buches vorwegnehmend, »muss auf einen handlungsfähigen Staat – und eine entsprechende Staatengemeinschaft – hinwirken, der einem zivilisierten Kapitalismus die Zügel führt. In unserem ordnungspolitischen Sprachgebrauch heißt das, die soziale Marktwirtschaft zu rekonstruieren.«

Was der Autor über die von ihm so genannte »markttheologische Schule« zu sagen hat, sein Sarkasmus angesichts jener Experten, die jahrelang jeden schüchternen Ansatz zur Regulierung des Weltfinanzsystems als Sünde wider den heiligen Geist der Marktwirtschaft geißelten, in der Finanzkrise aber als erste nach dem Staat riefen, seine Forderung nach einer Korrektur der allzu einseitigen Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland und sein Eintreten für eine Stärkung der Bin-

nennachfrage – all das ist geeignet, auch die Herzen der Linken in seiner Partei zu wärmen. Wenn es aber um die Revision der Agendapolitik geht, lässt er, von Details abgesehen, nicht mit sich reden. In der Tat ist allein die Tatsache des demografischen Wandels Grund genug, das sozialstaatliche Modell einer kritischen Prüfung zu unterziehen, und niemand wird mit guten Gründen bestreiten können, dass bei ständig steigender Lebenserwartung das Renteneintrittsalter nicht für alle Zeiten tabu sein kann oder dass es besser ist, Arbeitslose in Arbeit zu bringen, als Erwerbslosigkeit zu alimentieren, was als ein wichtiges Motiv hinter der Hartz IV-Reform stand.

Vieles von dem, was Steinbrück zum vorsorgenden oder aktivierenden Sozialstaat zu sagen hat, ist einleuchtend. Allerdings bleibt auch bei ihm das richtige Konzept in jener charakteristischen Verengung, in der es schon unter Tony Blair zur Anwendung kam, sodass die negativen Auswirkungen unserer ökologisch und sozial fragwürdigen Wirtschafts- und Lebensweise auf die Menschen und damit auch auf die Finanzierbarkeit der sozialen Sicherungssysteme systematisch ausgeblendet werden. Hier zeigt sich, dass der Autor, bei aller durchaus berechtigten Kritik am traditionellen Fortschrittsmodell, doch nicht wirklich bereit ist, alle Konsequenzen zu ziehen. Wie schon Peter Glotz, auf den er sich mehrfach zustimmend beruft, ist auch Steinbrück, was die moderne wissenschaftlich-technisch-ökonomische Entwicklung angeht, weitgehend Determinist.

Interessant, weil von führenden Politikern sonst allenfalls hinter vorgehaltener Hand zu hören, ist das, was Steinbrück über das »vormoderne Politikverständnis der Medien« und über jene »Experten« schreibt, die zwar in jeder Talkshow das große Wort führen, aber keinerlei Verantwortung für die Folgen ihrer Fehleinschätzungen übernehmen. Hier spricht jemand, der in seiner Zeit als Ministerpräsident und mehr noch als Finanzminister am ei-

genen Leib erfahren hat, in welchem Maße die Medien und die mediengängigen Talkshow-Auguren mittlerweile den Spielraum der Politik bestimmen. Dass der Autor mit der eigenen Partei nicht weniger kritisch umgeht und er sich auch selbst und seine Leistung nicht schont, wird ihm beim Publikum sicher Pluspunkte einbringen.

In einem Plädoyer für eine pragmatische Politik des Sowohl-als-auch entwirft Steinbrück die Umriss einer künftigen Reformstrategie seiner Partei: »Sie wird die Eliten fördern *und* Chancengleichheit für Kinder aus bildungsfernen Schichten herstellen müssen. Sie wird die Wettbewerbsfähigkeit stärken *und* für soziale Teilhabe und Absicherung sorgen müssen. Sie wird Minderheiten schützen *und* Mehrheiten zur Geltung bringen müssen. Sie wird Leistung belohnen *und* Solidarität organisieren müssen. Sie wird Transferempfänger fördern *und* fordern müssen. Sie wird Unternehmen zur Erfüllung ihrer Gemeinwohlpflichten ermahnen *und* ihnen ... gute Gewinne ermöglichen müssen. Sie wird Umweltstandards festlegen *und* die industrielle Basis unseres Landes erhalten müssen. Sie wird staatliche Daseinsvorsorge betreiben *und* das Ehrenamt und das Stiftungswesen kultivieren müssen. Sie wird für robuste Sozialversicherungssysteme sorgen *und* zu mehr Eigenvorsorge anhalten müssen. Sie wird Spielregeln für das Zusammenleben erlassen *und* Freiheitsräume wahren müssen.«

Der Titel *Unterm Strich* klingt nach abschließender Bilanz. Aber wer das Buch liest, stellt fest, dass bei diesem Autor noch vieles unabgegolten ist, das nach Fortsetzung oder Korrektur verlangt. Auf jeden Fall wäre es schade, wenn sich dieser kluge Kopf ganz aus der aktiven Politik zurückzöge, weil die SPD seine Kompetenz und seine Standfestigkeit gut gebrauchen kann – und weil es sich mit ihm zu streiten lohnt.

Peer Steinbrück: Unterm Strich. Hoffmann und Campe, Hamburg 2010, 479 S., € 23,00.